

Nieder mit dem Buchdrucker-Schiedsspruch!

Gollen die Buchdrucker sich verhöhnen lassen?

Schneller, als irgend jemand erwartet hat, ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für das Buchdruckergewerbe ausgesprochen worden. Das Resultat jedoch ist von wahrschaf aufsehender Wirkung auf die beteiligte Arbeiterschaft. Selbst die größten Wissmacher und Feuerheinheitsapostel in den Reihen der graphischen Arbeiterschaft haben erwartet, daß eine etwaige Verbindlichkeitserklärung unter Verstärkung der Konjunktur im Gewerbe nur bei Erhöhung der ursprünglich im Schiedsspruch vorgesehenen Juhge von 7,50 M. pro Woche vor sich gehen wird.

Man könnte aus diesem Grunde mit Sicherheit heute schon einen allgemeinen Kampf der Buchdrucker auch gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch voraussehen — müste man nicht von den Verbandsinstanzen einen Einfluß auf die Mitgliedschaft erwarten, der zur Verhinderung des Kampfes führen soll und kann. Der Korrespondent, das Verbandsorgan der Buchdrucker, schreibt noch am 21. März:

"So wie die Dinge heute liegen, müssen im Falle einer Verbindlichkeitserklärung die Organisationen sich dem staatlichen Taktum fügen."

Auch aus den Versammlungsberichten in jener Nummer vom 21. März ist, wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht und aus bestimmten Formulierungen von Resolutionen die damit bekämpften oppositionellen Gegenformulierungen rekonstruiert, zu entnehmen, daß man größtenteils einen offenen Kampf leistet des Verbandes gegen die Forderung der Opposition geführt hat, den Streit auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch aufzunehmen.

Dagegen haben nach einem Bericht der "Zeitschrift für Deutslands Buchdrucker", des Unternehmensorgans im Buchdruckergewerbe, einzelne Verhändler der Gewerkschaft in den der Verbindlichkeitserklärung vorangegangenen Verhandlungen angedroht, daß man sich im Falle einer Verbindlichkeitserklärung um die Zwischenabende der geistlichen Bindung nicht kümmern werde.

Es gilt also jetzt für alle kläßenbewußten Buchdrucker und Hilfsarbeiter, alles zu unternehmen, um in ihren Organisationen dem Kampfwillen gegen die Verbindlichkeitserklärung Gestalt zu verleihen, der in den Massen der Mitgliedschaft und demzufolge gezwungenenmaßen auch in einem Teil der höheren funktionären vorhanden ist. Die Mitgliedschaften des Buchdruckerverbands in Berlin, Königswberg i. Pr., Gera, Stahlhart-Leopoldshall haben sich klar und klar für den Kampf auch gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch bis zur Errichtung der geplanten Lohnverhöhung von 10 Mark pro Woche ausgesprochen. Dem müssen sich die übrigen Mitgliedschaften schnellstens anschließen und den sofortigen allgemeinen Streik befürworten. Zum wenigsten muß überall der Beschluss herbeigeführt werden, die Kündigungen auf Grund der Verbindlichkeitserklärung nicht zurückzunehmen. Machen die Verbandsinstanzen Auskünfte wegen ihrer geistlichen Bindung, so ist es eine Kleinigkeit, die Führung des Streiks beizubringen, gleichzeitig nicht verantwortlichen Streitkomitees zu übertragen. Im übrigen ist die ganze Frage der geistlichen Hälfte des Gewerkschaften in diesem Kampfe von untergeordneter Bedeutung. Denn die Lage im Buchdruckergewerbe ist so, daß die Arbeiterschaft unbedingt siegt, ob sie vom Kampf besiegt wird, und darf genau in, als eine der Grundbedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit den Vertrag auf alle Haftpflichtanprüche zu fordern.

Denn die allgemein günstige Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe, in dem heute nur wenige, in manchen Sparten gar keine Arbeitslosen vorhanden sind, wird noch verbessert durch die immer näher rückenden Reichstagssitzungen, die für das Unternehmertum die Stellungung der Preise für die nächsten Wochen unter Weitererhöhung der Arbeitersprüche zu einem vollkommen unverträglichen Zustand gestalten.

Aus diesem Grunde haben auch die Unternehmer, nachdem sie in freier Verhandlung abweil jede Juhge verweigert hatten, nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches mit 7,50 M. Juhge pro Woche in der Spalte selber bestimmt. Und aus diesem Grunde hat der Reichsarbeitsminister des Bürgerkriegs die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen.

Wenn in der Begründung der Verbindlichkeitserklärung durch das R.A.M. ausgeführt wird, daß es trotz der günstigen Entwicklung der Großbetriebe im Druckgewerbe viele Kleins- und Mittelbetriebe gebe, die keinen höheren Lohn zahlen könnten, so ist dies ein blühender Unrat und verträgt sich nicht im geringsten mit den Aussichten, die bei anderen Gelegenheiten von der Bürgerkriegsregierung und von den Spitzen der Unternehmerverbände über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gesagt wurden. Man sieht es nur selbstverständlich, daß die Rationalisierung Orients unter den Kleinunternehmern fordern wird. Man sieht es auch für selbstverständlich, daß sie von den Arbeitern ungeheure Orien in Gestalt erhöhter Arbeitsbelastung. Die Konzentration in der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Entwicklungsprozess, der auch durch Rückerhalten der

Löhne nicht aufgehalten werden kann. Letzen Endes ist der Kleinbetrieb nicht zu retten. Es muß aber festgestellt werden, daß die Entwicklung des Kleinmachinenwesens im Druckgewerbe, die Einführung ganz automatischer Tiegeldruck- und Miniaturchenpressen und anderer Schnellauflermaschinen es auch dem mittleren und sogar kleineren Betrieb möglich machen, sich in der Herstellung von Kleindrucken für den Handels- und Verwaltungsbedarf, sogenannter "Alzidenzen", ertragreicher Methoden zu bedienen. Für einen großen Teil der Kleinbetriebe treffen die Behauptungen der Unternehmer, die sich das R.A.M. zu eigen gemacht hat, deshalb von vornherein nicht zu. Für einen anderen Teil der Kleinunternehmer bedeutet die Rücknahme in der Lohnbemessung nur eine Prämie auf technische Fortschritts und mangelndes Ausbildungsergebnisse. Für einen dritten Teil trifft sie vielleicht tatsächlich zu. Aber soll die Arbeiterschaft die infolge der kapitalistischen Entwicklung nicht lebensfähigen Betriebe künftig am Leben erhalten durch Löhne, die künftig niedrig gehalten sind, weil sie der allgemeinen Leistungsfähigkeit des Gewerbes nicht entsprechen?

Sollten die Arbeiters durch ihren Lohnvertrag ein kleinen Betrieb halten? Ist dies nicht vielmehr die Aufgabe der Unternehmer? Sollten sie nicht lieber eine soziale Organisationshilfe für die Kleinen unter sich organisieren, z.B. Almosen in der Leopold-Ulstein-Stiftung für sie bereitzuhalten, wenn sie endgültig dem Pleitegeiger verfallen sind? Sollten sie bemühen die Großdruckereien die kleinen Kramäer nur als Konkurrenz gegen die Forderungen der Gewerkschaften zu betrachten? Allerdings auch andere Leute nötig, als die abgetretenen Kapital und ähnliche dantische Existenz, die im Deutschen Buchdrucker-Verein, der Unternehmerorganisation im Buchdruckergewerbe, das große Wort führen.

Trotz haben die Buchdrucker alle Bereitstellung, sich in ihrer Forderung zu stehlen. Sie haben heute ausnahmsweise

mehr als jede andere Arbeitersgruppe die Kraft, endlich einmal den Schlichtungsmechanismus zu durchbrechen und der deutschen Arbeiterschaft vorzumachen, wie sie sich das Streitrecht wieder erfüllen kann, und wie es möglich ist, die Rationalisierungsergebnisse der Unternehmer wenigstens zu einem kleinen Teil in die Arbeiterschaft zu leiten. Wenn jemals die Buchdrucker Gelegenheit hätten, ihre alte Pionierstellung in der heutigen Arbeitersbewegung wiederzuerobern, so ist dies heute der Fall. Hoffen wir, daß sie sich der Rolle bewußt sind, die ihnen kommt.

Ein blindes Huhn hat ein Korn gefunden

Die SPD hat in der letzten Landtagssitzung triumphal nachzuweisen versucht, daß sie ohne jede fremde Hilfe ganz allein auf den Gedanken der Landtagsauslösung gekommen ist. Die kommunistische Fraktion sich durch ihren Fraktionsführer fordern, daß die Auflösung des Landtages entsprechend dem gleichzeitig vorliegenden kommunistischen Antrag bereits am Dienstag dem 27. März behandelt werden soll, um der SPD für den Fall einer Reichstagssitzung bereits am 13. Mai das Argument zu nehmen, eine Auslösung und gleichzeitige Wahl sei wegen der Kabinettshaltung der Christen nicht mehr möglich. So der kommunistische Antrag, der die Nummer 752 trägt, jährlings um einige Minuten später als der sozialdemokratische Nummer 751

Zum Metallarbeiterkampf

Wir teilten am Sonnabend, anknüpfend an eine Meldung der Dresdner Volkszeitung, mit, daß im Tarifkampf der Metallarbeiter die Schlichterkammer von den Führern des Metallarbeiterverbandes ausgerufen worden sei. Wie bemerkten dazu, daß die Schlichterkammer auf Seiten der Unternehmer stehen wird und der Spruch ein Huhn auf die vom DMW eingesetzten Forderungen sei werde.

Wie wir heute erfahren, handelt es sich bei dieser Schlichterkammer um eine paritätisch zusammengesetzte Schlichterkammer, in der je 5 Unternehmer und 5 Arbeitervertreter ohne dem sogenannten Unparteiischen tätig sind.

Wie stellen das zunächst einmal richtig, obwohl die Annahme, daß es sich hier um eine Schlichterkammer mit unparteiischem Vorsitzenden handele, infolge der vom DMW in die SPD-Presse lancierten unklaren Notiz gechecktigt war. Ausdrücklich wird in dieser Notiz betont: „daß die Schlichterkammer zur Fällung eines Schiedsspruches kommen muß“. Ein Schiedsspruch könnte also nur mit Hilfe des Schlichters zustande kommen, vorangehend, daß die Vertreter des DMW in dieser Schlichterkammer auf ihren Forderungen bestehen bleiben. Da aber die Schlichterkammer ohne Vorsitzenden liegt, kann ein Schiedsspruch nur gefällt werden auf der Basis eines Kompromisses, für das auch Unternehmerbeijaher zu stimmen bereit sind. Wenn nun die Notiz der Volkszeitung, die vom DMW lanciert wurde, betont und im Fettdeut hervorgehoben, daß die Schlichterkammer zur Fällung eines Schiedsspruches kommen muß, so muß daraus die Absicht des DMW hergeleitet werden, in dieser paritätischen Schlichterkammer unter allen Umständen einen Schiedsspruch herbeizuführen. Nachdem aber, wie die Dresdner Volkszeitung berichtet, die Unternehmer hartnäckig jede Verbesserung ablehnen und in den wichtigsten Fragen sogar Verschlechterungen forderten, so ist mit vollem Recht anzunehmen, daß ein Schiedsspruch der Schlichterkammer nur ein flächiges Kompromiß sein kann.

Noch immer hält sich der DMW in Schweigen, verhindert, daß in der breiten Öffentlichkeit Klarheit über die Lage und den Stand des Tarifkampfes gebracht wird.

Achtung, kommunistische Metallarbeiter! Donnerstag den 20. März, 19 Uhr, im Bürgerkino, Große Brüderstraße: Volksversammlung aller SPD-Metallarbeiter. Das Erklären aller Genossen ist außerordentlich wichtig.

des „Suff“ wie z. B. die sogenannte deutsche „Furchtbarkeit“ sind heute ein Unding.

Nationale Körperkultur, die in der U.S.S.R. in ein paar Jahren eine nie gesehene Ausbreitung erlangte, läßt gesunde Menschen, die für den Spiritus genug nicht zu haben sind.

Sind in der Sowjetunion schon irgendwelche Resultate der neuen sozialistischen Erziehung zu verzeichnen?

Die Angriffnahme der Sache, die Zeitung ist richtig gewesen. Die kulturelle Arbeit zeigte schon heute Resultate, obwohl noch viele, viele Jahre innerlich erfolgreicher und äußerlich sichtbarer sozialistischer Arbeit erforderlich sind, um die leichten Bruchstücke der Vergangenheit hinwegzuräumen.

Wer Augen hat, um zu sehen, der sieht schon heute lebensfrische Kelme der Zukunft.

So lohnendes Dorf können wir es schon soweit bringen, daß unter der Landbevölkerung feindsetzende Aktion gegenwärtig der Kirchendienstliche besteht, teurerer Körpersatz zur militärischen Kraft des langhaarigen, laufstolzen Pöppen, der zu sozialistischen Zeiten seine grünen Hände noch jauer erworbenem Bauerntum aufzutreden konnte.

Ein paar Beispiele möchte ich anführen. Ein russisches Provinzblatt schreibt:

Die Bauernschaft des Dorfes Kusmenowo, Gouvernement Kosogda, hat beschlossen, das Fest des heiligen Nikolaus heuer nicht zu feiern und anstatt an der Kirchenvorstellung teilzunehmen, eine Versammlung zu veranstalten, um das Rettert eines Parteigenossen über die internationale und innere Lage der U.S.S.R. anzuhören.

Bei Schluss der Versammlung wurde folgende Resolution abgegeben:

„Es lebe die Weltrevolution, die die ganze Menschheit von den Ketten der Ausbeuter befreien und ein glückliches, freudiges Leben, nicht im Himmel, sondern auf dieser Erde, schaffen wird.“

Im Dorfe Selidische, Gouvernement Nowgorod geben die Bauern dem heiligen Nikolai auch den Vorsatz und erläutern: „Wir feiern den Heiligen nicht und läuten Pöppen und Türen für unbekannte Gäste, die uns zum „Suff“ austragen...“

sprechen? Sollen die Arbeiters durch ihren Lohnvertrag ein kleinen Betrieb halten? Ist dies nicht vielmehr die Aufgabe der Unternehmer? Sollen sie nicht lieber eine soziale Organisationshilfe für die Kleinen unter sich organisieren, z.B. Almosen in der Leopold-Ulstein-Stiftung für sie bereitzuhalten, wenn sie endgültig dem Pleitegeiger verfallen sind? Sollten sie bemühen die Großdruckereien die kleinen Kramäer nur als Konkurrenz gegen die Forderungen der Gewerkschaften zu betrachten? Allerdings auch andere Leute nötig, als die abgetretenen Kapital und ähnliche dantische Existenz, die im Deutschen Buchdrucker-Verein, der Unternehmerorganisation im Buchdruckergewerbe, das große Wort führen.

Trotz haben die Buchdrucker alle Bereitstellung, sich in ihrer Forderung zu stehlen. Sie haben heute ausnahmsweise mehr als jede andere Arbeitersgruppe die Kraft, endlich einmal den Schlichtungsmechanismus zu durchbrechen und der deutschen Arbeiterschaft vorzumachen, wie sie sich das Streitrecht wieder erfüllen kann, und wie es möglich ist, die Rationalisierungsergebnisse der Unternehmer wenigstens zu einem kleinen Teil in die Arbeiterschaft zu leiten. Wenn jemals die Buchdrucker Gelegenheit hätten, ihre alte Pionierstellung in der heutigen Arbeitersbewegung wiederzuerobern, so ist dies heute der Fall. Hoffen wir, daß sie sich der Rolle bewußt sind, die ihnen kommt.

Ein blindes Huhn hat ein Korn gefunden

in Druck gegeben worden ist, erklärt die SPD, daß die SPD nur in ihrem Schleppzug treibe. Der Genosse Bothe wies nach, daß bei allen politischen Entscheidungen in diesem Landtag die kommunistische Fraktion die Initiative gehabt hat und daß bis diesen Auflösungsantrag bereits in der Sitzung angekündigt hatte, also wochenlang der SPD nota ver war. Folgendes Urteil mag zeigen, daß die SPD nicht nur in allen wichtigen politischen Sphären, sondern auch in den wesentlichen Spezialfragen zu zweiter Stelle stand. Die Abgeordneten des Jugendkörpers, der Zulassung wurde von der SPD im Landtag nur antragsgemäß unter dem Druck der kommunistischen Anträge behandelt. Bei der Legende der Dammbausatzung, der Sacco-Vanzetti-Zulassung dienten sie hinter der SPD her. Beim Reichsbürgelzug war ihr das ganz besonders unangenehm. Sie verabscheuten völlig Verlagen auf diesem Gebiete dadurch zu verbünden, daß bei der Behandlung im Plenum der von ihr postuliert eingereichte Antrag wider aller parlamentarischen Gewohnheiten vor dem kommunistischen — der wochenlang eher gestellt war — behandelt wurde.

Diese Haltung der SPD war erklärlich, wenn man die Tatsache betrachtet, daß zur selben Zeit, da die SPD in Sachsen zur Bezeichnung der ländlichen Arbeiterschaft sich unverzerrt zu gebären versucht, die Sozialdemokratie im Reich, durch Ernennung der Durchsetzung des Notfalls Hindenburgs, einen ernsthaften Kampf gegen den Bürgerkrieg durch Verbindung der parlamentarischen Aktionen mit einer Verhaftung und Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte im Interesse der Staatserhaltung bewußt sabotiert.

Auflösungsanträge 1926/28

Plz. Nr.	Datum der Einbringung	Drucks. Nr.	gestellt von
1	25. 12. 26	87	SPD
2	14. 6. 27	399	SPD
3	22. 3. 28	751	SPD
4	22. 3. 28	752	SPD

Mittrauensanträge 1926/28

Plz. Nr.	Datum der Einbringung	Drucks. Nr.	gestellt von
1	7. 12. 26	36	SPD
2	13. 6. 27	399	SPD
3	30. 6. 27	453	SPD
4	30. 6. 27	454	SPD

Anträge zum Reichsbürgelzug 1926/28

Plz. Nr.	Datum der Einbringung	Drucks. Nr.	gestellt von
1	18. 8. 27	481	SPD
2	29. 8. 27	492	SPD
3	19. 9. 27	498	SPD
4	13. 12. 27	601	SPD
5	20. 12. 27	623	SPD

Jugendklausanträge 1926/28

Plz. Nr.	Datum der Einbringung	Drucks. Nr.	gestellt von
1	18. 2. 27	181	SPD
2	22. 2. 27	186	SPD
3	2. 3. 27	222	SPD
4	28. 4. 27	321	SPD

Anträge für Zollfragen 1926/28

Plz. Nr.	Datum der Einbringung	Drucks. Nr.	gestellt von